Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 19 (1917)

Artikel: Zukünftige Aufgaben der schweiz. Wirtschaftspolitik [Schluss]
Autor: Laur, E.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-764096

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ZUKÜNFTIGE AUFGABEN DER SCHWEIZER. WIRTSCHAFTSPOLITIK

(Schluss.)

Die Kriegszeit hat wohl unserem ganzen Volke den Nutzen, die Notwendigkeit und die Bedeutung der Erhaltung unserer Landwirtschaft klar gemacht. Seit Kriegsausbruch konnten wir uns weder Milch, noch Butter und andere Molkereierzeugnisse, noch genügend Vieh, Fleisch, Kartoffeln, ja nicht einmal Obst und Gemüse aus dem Auslande verschaffen. Hätte die Schweiz nicht noch an diesen Erzeugnissen eine recht ansehnliche, inländische Produktion gehabt, so wäre bitterer Mangel aufgetreten. Einzig die Getreideversorgung aus dem Auslande erwies sich trotz der Kriegswirren als durchführbar. Aber auch hier sind uns in letzter Zeit steigende Schwierigkeiten erwachsen, und mit großer Sorge sehen wir dem kommenden Jahre entgegen. Man ist deshalb auch zur Anbauvermehrung geschritten und dabei selbst vor dem Zwange nicht zurückgeschreckt. Diese *Ausdehnung des Getreidebaus* ließ sich verhältnismäßig leichter da durchführen, wo, wie z. B. in der Waadt, der Getreidebau nie vollständig verschwunden war. Viel schwieriger war das in den Gebieten der Graswirtschaften, und zwar nicht nur wegen des weniger günstigen Klimas, sondern namentlich auch deshalb, weil die Bauern keine Pflüge und Eggen mehr besaßen und nicht mehr wussten, wie man Getreide pflanzt.

So weit sollte man es aber in keinem Lande kommen lassen. Der Staat hat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass der Getreidebau nie ganz verschwinde und in allen Gebieten die Kenntnis dieser Kultur erhalten bleibe. Wir müssen es uns als Ziel stellen, dauernd für drei bis sechs Monate durch die inländische Produktion den Bedarf des Landes zu decken. Aus dem Anbau-Zwang, den der Staat während des Krieges den Bauern auferlegt hat, entspringt auch die Pflicht zu dauernder Hilfe für diesen darniederliegenden Zweig unserer Landwirtschaft. Dabei verlangen wir keinen Schutzzoll, der ja gleichzeitig auch das fremde Getreide stark verteuern müsste, sondern wir glauben, man könnte dem inländischen Getreidebau direkt helfen. Das Mittel wird die Beibehaltung des Einfuhrmonopols für Brotfrucht sein. Wir sind zwar nicht Freunde der Staatsmonopole, und wir haben erst jüngst mit aller Energie das

Tabakmonopol abgelehnt, namentlich auch deshalb, weil es die Zahl der vom Staate beschäftigten Arbeiter ohne Not vermehrt. Aber da, wo sachliche Notwendigkeiten vorliegen, müssen formelle Bedenken zurücktreten. Es gibt wohl bei uns keinen verantwortlichen Staatsmann, der nach diesen Kriegserfahrungen die Brotversorgung unseres Volkes wieder dem freien Zufall anheimgeben wollte. Wir müssen ständig große Getreidelager in der Schweiz halten. Das ist jedenfalls noch wichtiger, als die Aufspeicherung von Goldbarren in den Kellern der Nationalbank. Wenn aber daraus dem Staate nicht dauernd gewaltige Mehrauslagen erwachsen sollen, die auf dem Budgetwege aufzubringen wären, so müssen wir dem Monopol zustimmen. Es soll jedoch beschränkt werden auf das Notwendigste, nämlich auf die Einfuhr von Brotgetreide. Die Monopolverwaltung soll aber gleichzeitig die Pflicht haben, das inländische Getreide, welches ihr offeriert wird, zu einem angemessenen Preise zu erwerben. Gleichzeitig ist auch die Lagerung des Inlandgetreides zu fördern. Ich verspreche mir dabei besonders viel von einem rationellen Zusammenwirken des Staates mit den landwirtschaftlichen Getreidelager- und Mühlengenossenschaften, die ja namentlich in der welschen Schweiz eine so erfreuliche Entwicklung genommen haben. Ein solches Monopol wird nur wenige Angestellte verlangen. Ich betrachte es aber als eine staatliche Notwendigkeit; jedenfalls muss man dem Volke Gelegenheit geben, sich darüber zu äußern, damit es selbst die Verantwortung für eine allfällige Ablehnung zu tragen hat. Zum Monopol hinzu soll allerdings auch die technische Förderung des Getreidebaus treten, wie überhaupt die Förderung einer intensiven Bewirtschaftung unseres Bodens anzustreben ist. Wir sollen der beschränkten Fläche unseres Landes, die wir ja weder durch Gebietserwerbungen noch durch Kolonien erweitern können, möglichst großen Ertrag abzugewinnen suchen.

Das Schwergewicht unserer landwirtschaftlichen Produktion wird wohl nach wie vor auf der *Milchwirtschaft* ruhen. Das Klima, der Boden, die Viehrassen, die vorhandene Betriebseinrichtung und die Anlagen und Erfahrungen unserer Bauern begünstigen diese Produktionsrichtung besonders. Neben der technischen Förderung wird es sich hier insbesondere darum handeln, die Organisation und die Verständigung mit den Abnehmern der Milch und der

Molkereiprodukte zu fördern. Auf dem Gebiete der Konsummilchlieferung ist diese Organisation während der Kriegszeit stark ausgedehnt worden. Sie hat sich bewährt und wir hoffen, dass sie auch nach dem Kriege weiter wachsen wird. Wir zählen dabei auf ein verständnisvolles Zusammenarbeiten mit den Konsumentenorganisationen.

Infolge des Mangels an Kraftfutter ist die Milchproduktion während des Krieges stark zurückgegangen. Wir schätzen, dass in die Molkereien im Jahre 1917 etwa 25 % weniger Milch eingeliefert worden ist als in Friedenszeiten. Zum Teil beruht es darauf, dass der Bauer für den eigenen Bedarf mehr Milch und namentlich mehr Butter verbraucht. Die Butter ist heute billiger als andere Fette, deshalb verzichtet der Bauer darauf, die in der Qualität geringeren, im Preise aber höheren Fette des Handels zu kaufen und dafür seine gute Butter billiger zu verkaufen. Das Preisverhältnis ist heute tatsächlich so, dass das Lederfett teurer ist als die Butter. Da die Behörden die Konsummilchpreise künstlich tiefhalten, kann man das nicht ändern, sonst verwertet sich die Milch bei Butterfabrikation besser als bei Konsummilchlieferung und dann wird der Milchmangel in den Städten noch erhöht. Viel weniger als dieser Umstand, aber doch spürbar, hat die Vermehrung der Aufzucht und der Kälbermast die Milchablieferung eingeschränkt. Gleichzeitig ist bei den Konsumenten der Verbrauch gestiegen. Insbesondere verbraucht die Bevölkerung der Dörfer und der Landstädte mehr Milch als früher. So bleibt für die Fabrikation von Butter und Käse immer weniger übrig. Vor dem Kriege haben wir auch täglich eine bis zwei Wagenladungen ausländische Butter eingeführt. Auch diese fehlt. Wenn nun gar noch infolge der Ausdehnung des Getreidebaues vielleicht mehr als 50,000 Stück Großvieh abgeschlachtet werden müssen, so wird der Mangel noch größer. Man hat unseren Behörden Vorwürfe gemacht, dass sie angesichts dieser Situation gestattet haben, dass noch Käse und kondensierte Milch ins Ausland gehen. Deutschland hat aber nicht nur die Kohlenlieferung von diesem Exporte abhängig gemacht, sondern insbesondere erklärt, dass es ohne Gegenleistung in Käse keinen Kunstdünger abgebe. Ohne Kunstdünger würde aber unsere Inlandsproduktion in viel stärkerem Maße gefallen sein als dieser Käseexport unsere Landesversorgung schwächte. Auch in bezug auf die Ausfuhr kon-

densierter Milch hat man uns in den Ländern der Entente, insbesondere in Großbritannien, deutlich zu verstehen gegeben, dass, wenn wir von und durch die Länder der Entente Lebensmittel beziehen wollen, wir diese Gegenleistung zu machen haben. Die Kritiker dieses Exportes übersehen, dass wir uns in einer Zwangslage befinden und gar oft nur von zwei Übeln das kleinere zu wählen haben.

Auf dem Gebiete des Käseabsatzes besteht bekanntlich heute eine Zwangsorganisation. Sie ist in der welschen Schweiz Gegenstand lebhaftester Kritik geworden. Die tiefern Ursachen dieser Kritik liegen aber eigentlich weniger in der Organisation als vielmehr in dem bestehenden Käsemangel, in den staatlichen Preisvorschriften und in der Verletzung mancher privater Interessen namentlich in den Kreisen der Käser und des Handels mit Molkereiprodukten. Wir verkennen die Schwächen jener Organisation nicht, glauben aber, dass sie doch dem Lande im allgemeinen gute Dienste geleistet hat und dass namentlich die Konsumenten keine Ursache haben, diese Organisation zu bekämpfen, denn nur ihre Existenz ermöglichte es den Behörden, ein gar zu starkes Ansteigen der Konsummilchpreise zu verhindern. Die landwirtschaftlichen Vereinigungen sind auch in ihrer großen Mehrheit der Ansicht, dass man an den bestehenden Verhältnissen nicht rütteln soll. Sie hoffen und erwarten vielmehr auch für die Friedenszeit eine Lösung zu finden, welche ein dauerndes Zusammenarbeiten von Bauer, Käser und Handel gestattet. Jedenfalls lässt sich nicht bestreiten, dass nach dem Kriege der Exportpreis des Käses den Milchpreis in der Schweiz bedingen wird und dass ein organisierter Absatz ins Ausland unserer Volkswirtschaft eher eine rationelle Verwertung dieses wichtigen Nationalproduktes ermöglicht als die ungezügelte Konkurrenz zahlreicher Käsehändler auf dem ausländischen Markte.

Die Kriegszeit hat auch manche Gegensätze, die bis anhin zwischen der Leitung der großen Kondensmilchfabriken und den landwirtschaftlichen Organisationen bestunden, gemildert. Es bleibt aber hier noch manches zu tun übrig. Wir hoffen, es werde eine dauernde Verständigung möglich sein. Die Anerkennung der Organisationen als gleichberechtigte Kontrahenten durch die Fabriken bildet hiefür die erste Voraussetzung. Die frühere Parole „divide et impera“ muss dem Zusammenarbeiten mit den Organi-

sationen weichen. Die landwirtschaftlichen Vereinigungen müssen und werden dann auch in den Fabrikleitungen nicht mehr ihre Gegner, sondern ihre Geschäftsfreunde erblicken.

Solange in der Schweiz Milchwirtschaft und Viehzucht betrieben werden, wird auch immer die *Fleischproduktion* eine große Bedeutung beibehalten. Schließlich fällt ja jedes Tier der Schlachtbank anheim. Die eigentliche Mast hingegen wird sich ohne besonderen Schutz kaum zu halten vermögen. Es kommt eben nicht nur auf die absolute Höhe des Preises, sondern namentlich auf das Verhältnis zum Milchpreise an. Da nun aber die Produktions- und Absatzbedingungen im allgemeinen bei uns für die Milch günstiger als für das Fleisch sind, wird die Mast ohne Schutz zurückgehen. Der Krieg hat die Leistungsfähigkeit unserer Viehhaltung für die Fleischversorgung des Landes erwiesen. Unter der Gunst besserer Preise hat sich die viehwirtschaftliche Produktion in höherem Maße auf die Nachzucht und Mast eingestellt, als das früher der Fall war. Wer hätte es je geglaubt, dass unser Land imstande sei, aus eigener Produktion, fast vollständig abgeschnitten von der Zufuhr des Auslandes, den Fleischbedarf unseres Volkes zu decken! Uns scheint, dass die Landwirtschaft damit ihre Berechtigung auf einen gewissen Schutz der Fleischproduktion erwiesen habe. Am wirksamsten wird dieser Schutz bei der Schweinehaltung sein. Gute Schweinepreise bedeuten aber gleichzeitig auch eine bessere Verwertung der Kartoffeln und sie fördern deshalb indirekt den Ackerbau und damit auch den Getreidebau. Aber auch das Gebiet der Rindviehmast sollte nicht vernachlässigt werden. — In Rücksicht auf den mir zur Verfügung stehenden Raum muss ich darauf verzichten, auf eine Reihe weiterer mit der Landwirtschaft in Beziehung stehenden Fragen hier einzutreten.

Nun noch einiges über die *Zukunft unserer Industrie und des Gewerbes*. Die schweizerische Landesausstellung in Bern und jüngst die von der Neuen helvetischen Gesellschaft so erfolgreich durchgeführte Schweizerwoche haben unserem Volke neuerdings die Leistungsfähigkeit und auch die Vielseitigkeit unserer Industrie und unserer Gewerbe dargetan. Doch auch sie bedürfen einer weitblickenden Wirtschaftspolitik. Neben den Handelsverträgen und Zolltarifen wird die Zukunft unserer Industrie und des Gewerbes vor allem von der Qualität der Arbeitskräfte bedingt. In erster

Linie entscheidet dabei die Intelligenz, der Erfindungsgeist und die Unternehmungslust der leitenden Personen. Ein einziger tüchtiger Kopf kann die wirtschaftliche Blüte eines ganzen Gebietes beeinflussen und bedingen. Aber damit der Gedanke zur Tat wird, braucht es dann auch einen intelligenten und leistungsfähigen Arbeiterstand. Auf den Zusammenhang dieser Frage mit der Blutauffrischung vom Lande habe ich schon hingewiesen. Hier möchte ich nur noch die *Bedeutung der Fachbildung* hervorheben. Wir besitzen in der Schweiz eine eidgenössische technische Hochschule mit Weltruf, aus welcher unsere Industrie die besten Kräfte schöpft. Ihr zur Seite stehen die kantonalen technischen und kommerziellen Erziehungsanstalten, die Universitäten und Forschungsinstitute. Nicht von minderer Bedeutung ist aber der niedere Fachunterricht, sind die Kurse und Spezialschulen und das Lehrlingswesen. Wir sollten dazu kommen, dass in der Schweiz kein junger Mann mehr ins Leben tritt, ohne dass er etwas Tüchtiges gelernt hat. Außerdem müssen wir auch an eine stärkere Heranziehung der Frauen zum Erwerbsleben denken. Ich glaube, dass die Ausdehnung der weiblichen Erwerbsarbeit eine der tiefgreifendsten Folgen dieser Kriegszeit sein wird. Namentlich das Ausland hatte Gelegenheit, festzustellen, welch' gute Dienste die Frau im Erwerbsleben leisten kann. Das schwierigste Problem wird allerdings darin bestehen, wie die schlimmen Folgen für die Geburtenhäufigkeit, die der regelmäßige Verdienst der Frau offenbar nach sich zieht, vermieden werden können, wie ja überhaupt die Lösung der Bevölkerungsfrage zu den großen Aufgaben der Zukunft gehört.

Dazu gesellt sich die Frage betreffend Entwicklung der *Wanderarbeit,* die sich bei uns in der Schweiz namentlich in bezug auf die italienische Hülfskraft stellt. Wir wissen nicht, ob die braunen Gesellen des Südens wieder wie vor dem Krieg zu uns kommen werden, um die schwersten Handarbeiten hier zu besorgen. Ich glaube allerdings nicht, dass wir in der Richtung gar zu pessimistisch sein müssen. Der italienische Bevölkerungsstrom wird sich während des Sommers wohl auch in Zukunft in unser Land ergießen. — Es ist eine oft bedauerte Tatsache, dass der Schweizer immer weniger Freude an Handarbeit hat. Ein großer Tiefbauunternehmer hat mir am Anfang des Krieges erklärt, dass die schweizerischen Arbeiter 20 % mehr kosten und 20 % weniger leisten als ihre italienischen

Kollegen. Wir können das bedauern. Wir besitzen aber kaum die Mittel, um dies durchgreifend zu ändern. Umso wichtiger ist es, dass unsere jungen Leute zur Qualitätsarbeit erzogen werden. In der Tüchtigkeit und in der Erziehung unserer eigenen Leute liegt übrigens meiner Meinung nach auch die Lösung der Fremdenfrage in der Schweiz. Alle die Mittel, die heute empfohlen werden, um das Eindringen der Landesfremden in die besten Stellungen und Geschäfte unseres Landes zu verhindern, werden auf die Dauer versagen, wenn der Schweizer sich nicht durch eigene Tüchtigkeit seinen Platz zu verschaffen versteht.

Die Kriegszeit wird wohl in allen Ländern den *Einfluss der Arbeiter auf die öffentlichen Angelegenheiten* stärken. Die Leute, welche vier Jahre im Schützengraben stunden, wollen inskünftig an der Leitung des Staates auch mitreden. Dabei scheint es allerdings, dass dieses Begehren fast am lebhaftesten in der Schweiz geäußert wird, wo die demokratischen Einrichtungen ja schon seit langem bis zur Vollendung entwickelt wurden und wo auch der Aufenthalt im Schützengraben doch etwas weniger gefährlich als anderwärts war.

Wir alle wollen und wünschen den Ausbau der sozialen Gesetzgebung und eine Besserstellung der Arbeiterschaft, entsprechend der Zunahme der Produktivität ihrer Arbeit. Was wir beim Sozialismus bekämpfen, das ist vor allem der Klassenhass, das ist die Meinung, dass jeder selbständig Erwerbende ein Parasit im Wirtschaftsleben sei und das ist insbesondere der internationale und unschweizerische Geist, der in diesen Kreisen herrscht. Wer das Schweizerland nicht liebt, der kann auch nicht unser Freund sein.

Auch wir streben eine *Versöhnung der sozialen Interessengegensätze* an und stellen uns dabei die Lösung wie folgt vor: Wir verlangen Preise für die Erzeugnisse, bei denen der Bauer seine Existenz findet und Industrie und Gewerbe in der Lage sind, angemessene Löhne zu zahlen. Die Löhne und Gehälter sollen diesen Preisen so angepasst werden, dass auch die unselbständig Erwerbenden eine ihrer Leistung und Stellung angemessene Lebenshaltung zu führen vermögen. Diese Löhne sollen dann aber auch ergänzt werden durch soziale Gesetze, die den Leuten in den Tagen der Krankheit, des Alters und der Invalidität die notwendige Hülfe sichern. Die Anpassung der Löhne an die Preise wird sich umso

leichter durchführen lassen, als die heute relativ hohen Löhne voraussichtlich nach dem Kriege wenig sinken werden. Dagegen ist ein Zurückgehen vieler Preisansätze sicher zu erwarten. Der dunkle Punkt in diesem Problem liegt in der Frage, ob Industrie und Gewerbe imstande sein werden, solche Löhne und Gehälter zu ertragen. Der inländischen Produktion kann man innerhalb gewisser Grenzen durch die Zölle zuhilfe kommen. Schwieriger wird aber die Aufgabe bei den Exportindustrien. Ich habe jedoch die Meinung, dass auch hier durch zweckmäßige Organisation der Betriebe, durch Erfindungsgeist und Energie viele Schwierigkeiten überwindbar sind. Gerade während dieser Kriegszeit hat unsere Industrie wieder glänzende Belege für ihre Anpassungsfähigkeit gegeben. Im Laufe der Zeit würde dann allerdings allmählich eine Ausscheidung der tragkräftigeren Exportindustrien stattfinden und die schwächern müssten zurückgehen. Ich habe einleitend dargetan, dass ich es nicht als einen Nachteil, vielmehr geradezu als ein Ziel unserer Wirtschaftspolitik betrachte, einer zu üppigen Entwicklung der Exportindustrie entgegenzutreten. Ich glaube auch, dass sich die Zukunft für viele unserer Exportindustrien sogar günstiger gestalten wird, als wir es im Interesse des Gleichgewichtes der schweizerischen Volkswirtschaft wünschen sollen. Die schweizerische Industrie hat wohl große Aussicht, einen Teil der verlassenen Plätze des deutschen Exportes auf dem Weltmarkte einzunehmen. Jedenfalls glaube ich sagen zu dürfen, dass, wenn unserem Lande größere Schädigungen durch innere Wirren erspart bleiben und wir nicht noch in den Strudel des Weltkrieges hineingezogen werden, unser Wirtschaftsleben in der kommenden Friedenszeit stark genug sein wird, um den hier angedeuteten Ausgleich der wirtschaftlichen Interessengegensätze durchzuführen.

Zum Schlusse noch einige Bemerkungen über die *Finanzquellen des Bundes*. Die gewaltigen Aufgaben der Zukunft erfordern eine weitblickende und feste Leitung des Wirtschaftslebens unseres Volkes. Dazu braucht es vor allem einen starken Bund. Die Neuordnung der finanziellen Grundlage der Eidgenossenschaft bildet den ersten Schritt nach diesem Ziele. Es gilt dabei eine Milliarde Franken zu verzinsen und zu amortisieren. Die welsche Schweiz hat in voller Übereinstimmung mit den Vertretern der Landwirtschaft es abgelehnt, die Lösung der Finanzfrage in der Einführung

eines Tabakmonopols und der direkten Bundessteuer zu suchen. Das Tabakmonopol ist wohl heute erledigt. Ich zweifle nicht, dass die große Mehrheit des Volkes die direkte Bundessteuer als Eingriff in die kantonale Souveränität verwerfen wird. Uns aber, die wir in diesen Fragen mit Erfolg eine ablehnende Stellung eingenommen haben, erwächst dann hieraus die vermehrte Pflicht, nach andern Geldquellen zu suchen. Wir sind bereit, mit aller Energie dafür einzustehen, dass der Tabak durch einen Rohstoffzoll an der Grenze und durch eine Spezialsteuer auf den Zigaretten belastet wird. Wir würden auch gerne für eine Besteuerung des Bieres eintreten und erblicken gleichzeitig in den höheren Zöllen auf alkoholischen Getränken, insbesondere auf Wein, eine durchaus geeignete Vermehrung der Bundeseinnahmen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so wird man sich auch in landwirtschaftlichen Kreisen nicht dagegen auflehnen dürfen, dass auch die bisher monopolfreien Branntweine zur Besteuerung herangezogen werden. Auch eine Wiederholung der Kriegssteuer scheint uns durchaus gerechtfertigt zu sein, insofern die Fehler der ersten Erhebung vermieden und die Lasten in gerechter Weise verteilt werden. Desgleichen wird man der Kriegsgewinnsteuer rückhaltlos beistimmen, was nicht ausschließt, dass diese besser als bisanhin die Art und die Höhe der Gewinne berücksichtigen sollte. Soweit diese Einnahmen in Verbindung mit den bereits beschlossenen neuen Finanzquellen nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken, wird dann die Zolltarifrevision einzutreten haben. Schon in Rücksicht auf den notwendigen Schutz der Arbeit für das Inland sind hier vermehrte Einnahmen zu erwarten.

In dem Maße, wie die Schuldenlast sinkt, können dann diese neuen Einnahmequellen für soziale Aufgaben herangezogen werden. Je reicher wir sie bemessen, je stärker wir amortisieren, um so rascher und kräftiger kann die soziale Gesetzgebung ausgebaut werden. Die Schaffung neuer Finanzquellen für den Bund bedeutet demgemäß auch die erste und vielleicht wichtigste Vorarbeit für die Lösung der sozialen Aufgaben unseres Volkes.

Die Entwicklung drängt auch zu einem stärkeren Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben. Dasjenige Volk, welches es am besten versteht, die staatliche Macht mit genossenschaftlicher, gesellschaftlicher und privater Tätigkeit so zu verbinden, dass die

Interessengegensätze gemildert und dennoch die private Initiative nicht leidet, wird den andern Völkern überlegen sein. Auch hiefür brauchen wir einen starken Bund, aber auch leistungsfähige Kantone.

Die heutige Generation hat in einer Zeit gewaltigster Ereignisse gelebt. Auch die Zukunft wird an sie die allergrößten Anforderungen stellen. Über den Erfolg entscheidet vor allem *die Tüchtigkeit der Völker.* Da drängt sich uns die Frage auf: *Wie wird sich unser Volk bewähren?* Wenn wir ehrlich sein wollen und ohne Schönfärberei die Dinge betrachten, wie sie sind, so müssen wir zugeben, dass gar manches bei uns nicht so ist, wie es sein sollte. Die Belastungsprobe der Kriegszeit hat leider viele Anzeichen gebracht, dass wir ein alterndes Volk sind. Im Spiegel der Kriegszeit hat Mutter Helvetia die ersten Silberfäden im Haare und die beginnenden Runzeln im Gesichte erkennen müssen. Welch hässliche Blüten haben doch bei uns vielfach Gewinnsucht und Geldgier gezeitigt. Gibt es wohl irgendwo eine Sozialdemokratie, die weniger Heimatsliebe und Gemeinsinn in diesen Jahren betätigt hat als die unsere? Wie ist es den zahlreichen besseren Elementen und Führern der Sozialdemokratie gegangen? Sie wurden verdrängt oder sie mussten die eigene bessere Überzeugung den Machtworten der Partei opfern. Welch beschämendes Bild zeigt die politische Haltung eines großen Teils der Bundesbeamten, indem sie für eine Partei stimmen, die die Verteidigung des Vaterlandes ablehnt! Selbst unsere studierende Jugend ist zum Teil gegen die Behörden aufgetreten, weil diese einen Dienstverweigerer von der eidgenössischen technischen Hochschule wegwiesen. Auch in unserem Bauernstande sind Fälle vorgekommen, wo der Erwerbssinn die vaterländische Opferfreudigkeit verkümmern ließ, und im ganzen Volke vermisse ich jene Leidenschaft für den Staat, die alles überwindet. Die kriegführenden Staaten mussten schwere Opfer an Leib und Gut bringen, aber aus dieser Schule von Blut und Eisen wird ein verjüngtes und starkes Geschlecht hervorgehen. Möchte doch auch unser Land diese Wiedergeburt der Völker verspüren; möchten auch bei uns die Bürgertugenden gestärkt werden und der Gemeinsinn neu erwachen! Möge der letzte Eidgenosse erkennen, vor wieviel Unglück das Bestehen unseres Freistaates unser Land und Volk bewahrt hat! Daraus muss uns die Kraft erwachsen zu werk-

tätiger Mitarbeit an der Erhaltung, der Größe und der Zukunft des schweizerischen Vaterlandes.

Noch ist es zur Gesundung nicht zu spät und neben den dunkeln Stellen der Geschichte dieser Kriegszeit wird doch manches Blatt von tatkräftigem Wirken, von Gemeinsinn und Nächstenliebe des Schweizervolkes und seiner Behörden erzählen. Und wenn man in einen Kanton blickt, wie die Waadt, wo Stadt und Land sich noch in so glücklichem Gleichgewichte befinden, da ist man gerne bereit, die Sorgen zu vergessen und mit neuer Zuversicht in die Friedenszeit zu treten.

So wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, dass das Schweizervolk die Krisis dieser Kriegszeit überwinde. Dieser Glaube an die siegreiche Stärke der guten Elemente und Anlagen unseres Volkes wird nicht zu Schanden werden, wenn, ja wenn, unsere Wirtschaftspolitik nicht nach höchstem Profit und nicht auf die unbegrenzte Zunahme des internationalen Verkehrs gerichtet ist, sondern die Wurzeln unserer ökonomischen Wohlfahrt im heimischen Boden und Erwerb sucht und findet. Bleiben wir politisch wie wirtschaftlich ein an Zahl kleines Volk, das seine Größe in der Tüchtigkeit, der Arbeitsfreude, der einfachen und gesunden Lebensweise und den Tugenden seiner Bürger und in der weisen Benutzung seiner demokratischen und freiheitlichen Institutionen erblickt. Die nächsten Jahrzehnte werden das Schicksal unseres Landes und Volkes entscheiden. Möge der schweizerischen Eidgenossenschaft in dieser folgenschweren Periode der Geschichte unseres Landes eine Bürgerschaft und Behörden zur Seite stehen, welche mit klarem Blicke die Gefahren und die Endziele der Entwicklung erkennen!

BRUGG E. LAUR